

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 33/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Peter von Oertzen, Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover, fordert die Sozialdemokraten zum Engagement für verfolgte Bürgerrechtler in der DDR auf: Linke Offensive gegen den Stalinismus.

Seite 1/2

Dieter Haack MdB, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, erinnert an die Entwicklung Bonns: 30 Jahre Bundeshauptstadt.

Seite 3

Heinz Westphal MdB, berichtet über die Vorhaben und Möglichkeiten der vom NRW-Ministerpräsident Rau initiierten Ruhrkonferenz.

Seite 4/5

Werner Staak, Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg, erläutert die neue Hamburger Regelung für den Heimenschutz in Industrie und Wirtschaft.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

4. Jahrgang / 82 / 10. Mai 1979

Linke Offensive gegen den Stalinismus

Glaubwürdig für eine bessere Gesellschaftsordnung kämpfen

Von Peter von Oertzen MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover

Am 7. Oktober jährt sich zum 30. Mal die Gründung der DDR. Dieses Datum nehmen linke demokratische Kritiker des Stalinismus aus ganz Europa und vielen Ländern der übrigen Welt zum Anlaß, diesen Staat - unausgesprochen, aber auch alle anderen Staaten des sogenannten "real existierenden Sozialismus" - an den eigenen humanistischen, demokratischen und sozialistischen Anspruch zu erinnern. Die DDR wird aufgefordert, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Wahrung der Menschenrechte zu erfüllen, Rudolf Bakro freizulassen und alle politischen Häftlinge zu amnestieren. Eine breite internationale Unterschriftenkampagne ist eingeleitet worden; die Liste der Erstunterzeichner umfaßt Christen, Liberale und Demokraten, demokratische Sozialisten und unabhängige Kommunisten, unter ihnen bekannte deutsche Sozialdemokraten und Gewerkschafter, wie Erhard Eppler, Kurt Georgi, Karl Heinz Hansen, Peter von Oertzen, Gerhard Schröder und Werner Vilt. Am 10. Mai werden Vertreter dieser Initiative in Bonn ihre Motive vor der Presse erläutern.

Ich halte es für außerordentlich wichtig und dringend notwendig, daß möglichst viele Sozialdemokraten diesen Vorstoß unterstützen. Der Appell an die DDR ist nicht nur eine humanitäre Aktion, er hat auch eine politische Bedeutung - nach innen und nach außen. Für viele politisch interessierte und engagierte Menschen ist die kritische Auseinandersetzung mit jenen Regimen, die den Namen des Sozialismus oder des Kommunismus mißbrauchen, eigentlich eine Sache des Konservatismus oder der Reaktion. Und viele Linke fürchten den Vorwurf des "Antikommunismus" aus den Reihen ihrer linken

Freunde und den hämischen Beifall der professionellen "Freiheit oder Sozialismus"-Strategen auf der Rechten.

Diese Haltung ist verständlich, aber falsch und gefährlich. Die politische Rechte hat weder eine moralischen, noch eine politische Legitimation zur Kritik an den stalinistischen Entartungen der sozialistischen Idee. Wer sich bei den griechischen Obristen und bei Pinochet, bei Franco und bei den südafrikanischen Rassisten angebedert hat, sollte zum Thema Demokratie und Menschenrechte in der DDR oder anderswo lieber schweigen. Aber das gilt auch in der anderen Richtung. Wer zu Bahro, Havemann und dem ganzen "Archipel Gulag" schweigt oder dies alles sogar rechtfertigt, hat kein Recht, sich über Kolonialismus, Imperialismus oder Faschismus zu empören.

Nur eine demokratische Linke, die Stalinismus und Imperialismus in gleicher Weise un-nach-sichtig kritisiert und bekämpft, und die Unterdrückung und Menschenrechtsverletzung im eigenen Lande genauso anprangert, wie draußen in der Welt, kann glaubwürdig und erfolgreich für eine bessere Gesellschaftsordnung kämpfen. Eine solche Haltung steht auch nicht im Gegensatz zur Entspannungspolitik, wie manche meinen. Vernünftige politische und diplomatische Beziehungen zu allen Staaten, aufrichtige Bemühungen, um den Stop des wahnwitzigen Rüstungswettlaufs und ständige Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens sind unverzichtbar. Was uns die Politik des "Kalten Krieges" eingebracht hat, steht uns in der Mauer täglich vor Augen. Aber Entspannung heißt nicht, notwendigerweise die Augen vor den Realitäten des Stalinismus verschließen und die dauernde politisch-ideologische Auseinandersetzung abschwächen. Die andere Seite macht uns das übrigens tagtäglich vor. Wir sind aus realpolitischen Notwendigkeiten Verbündete der USA und haben vertragliche Beziehungen mit der DDR und der UdSSR. Trotzdem sind und bleiben demokratische Sozialisten unversöhnliche Gegner des Imperialismus wie des Stalinismus. Daran zu erinnern, ist auch eine Funktion der Initiative "Freiheit für Bahro".

(Unterschriftenliste und sonstige Informationen "Komitee für die Freilassung Rudolf Bahros", Postfach 3005, 1000 Berlin 30, Spenden auf das Postscheckkonto 251 73-103, Berlin (West), Hajo Cornel - Sonderkonto).

(-/10.5.1979/vo-he/ca)



30 Jahre Bund in Bonn

Am 10. Mai 1949 fiel die Entscheidung für die künftige Bundeshauptstadt

Von Dr. Dieter Haack MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Mit dem dreißigsten Jahrestag des Bestehens, den die Bundesrepublik Deutschland in diesem Monat feiert, kann auch Bonn auf dreißig Jahre Hauptstadt zurückblicken. Dabei kann Bonn besonders stolz sein, daß schon 1948 mit den Beratungen im parlamentarischen Rat in seinen Mauern das Grundgesetz heranwuchs. Mit dieser Verfassung konnten wir in diesen dreißig Jahren eine demokratische, freie und soziale Gesellschaft gestalten. Bonn mußte lange warten, bis die Hauptstadtfunktion selbstverständlich wurde und der Bund bereit war, finanzielle, politische und Ideelle Konsequenzen daraus zu ziehen.

Nachdem die ersten Beamten in Bonn eingezogen waren, kam es zu Planungen und Baumaßnahmen, die auf die Hauptstadtfunktion abzielten. Die Umgestaltung ehemaliger Kasernen in der heutigen Graurheindorfer Straße, in Duisdorf und auf dem Hardtberg, das stetige Wachstum des Bundeshauses aus der ehemaligen Pädagogischen Akademie mit ihrem schlichten Bauhausstil zum Komplex des heutigen Parlaments gehören genauso dazu, wie die Neubauten des Bundespostministeriums, des Auswärtigen Amtes und die Straßenumplanungen und Erweiterungen, mit denen aber der Charakter eines Provisoriums aufrecht erhalten werden sollte.

Das erwachende Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Hauptstadt zeigte sich dann zum ersten Male an dem hoch aufragenden Abgeordnetenhaus, dem "Langen Fugen", und den zwei sogenannten Kreuzbauten, mit dem Bundesjustizministerium und den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft sowie Forschung und Technologie. Im Laufe der Zeit begann endlich eine öffentliche Diskussion um das Gesicht der Hauptstadt.

Es waren die sozialliberalen Regierungen unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt, die den Spielraum für eine überzeugende, langfristige Gestaltung der Bundeshauptstadt schufen. In der nun einsetzenden Planungs- und Wettbewerbsphase, konnten die besten Architekten und Städteplaner der Bundesrepublik Deutschland, die Preisrichter und Politiker ihre Vorstellungen entwickeln.

Allerdings muß und wird die öffentliche Diskussion erst richtig beginnen, um zumindest langfristig eine Identifikation des Bürgers mit seiner Hauptstadt zu erreichen. Dabei wird es sicher entscheidend sein, ob sich zur Politik ein reges geistiges, kulturelles Leben gesellen kann und ob vermieden wird, daß in Bonn ein einseitig ausgerichtetes Dienstleistungs- und Verwaltungsgetto entsteht, das den Problemen in den großen Städten unseres Landes mit ihren sozialen Fragen entrückt ist. Parallel zum städtebaulichen Engagement des Bundes in Bonn ging die finanzielle Fürsorge für die Stadt. So wurde 1970 erstmalig eine Finanzvereinbarung mit der Stadt Bonn geschlossen, die die Stadt in die Lage versetzte, die Infrastruktur nachhaltig zu verbessern und Verwaltungsdienste einschließlich kultureller Aktivitäten anzubieten, die in einer Hauptstadt einfach notwendig sind. Rund 642 Millionen DM werden auf diese Weise Ende des Jahres vom Bund an die Stadt ausgezahlt worden sein. Mit einer weiteren Vereinbarung im September 1975 wurde die Zusammenarbeit intensiviert und mit dem Gemeinsamen Ausschuss Bundeshauptstadt Bonn ein für die Stadtentwicklungspolitik bedeutsames Abstimmungsgremium zwischen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn geschaffen, dessen Arbeitsergebnisse auch in den Medien ständig wachsende Beachtung finden. Den dort beschlossenen Finanzierungsplänen ist es zum Beispiel zu verdanken, daß der Rheinauenpark mit einer Grundinvestition von gut 126 Millionen DM finanziert werden konnte und eine Bundesgartenschau in Bonn überhaupt erst möglich wurde. Von dieser Grundinvestition zahlen zum Beispiel Bund und Land zusammen 95 Prozent.

Der Bund wird auch in Zukunft in seinem planerischen und finanziellen Engagement für Bonn nicht erlahmen. Es wäre allerdings ein Trugschluß, wenn man annehmen würde, daß die Hauptstadt in einem Gewaltakt fertiggestellt werden könnte. In einer Zeit, in der bei den Bürgern ein hoher Grad an städtebaulicher Sensibilität herrscht, und es gerade diese Bundesregierung war, die die Beteiligungsmöglichkeiten für den Bürger gestärkt hat, muß der bauliche Weg zur Hauptstadt im Einvernehmen mit den Bürgern gegangen werden.

Die Probleme des Ruhrgebiets meistern

Zur Politik des Dialogs schwieg in der Ruhrkonferenz nur die Opposition

Von Heinz Westphal MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

In einer eindrucksvollen Veranstaltung haben am 6. und 9. Mai 1979 die gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Reviers in Castrop-Rauxel deutlich gemacht, daß sie gewillt sind, die Probleme des Ruhrgebiets zu meistern. Unter der gekonnten Stabführung von Ministerpräsident Johannes Rau diskutierten die wichtigsten Repräsentanten von Wirtschaft und Gewerkschaft, die Oberbürgermeister und Parlamentarier, Kirchenvertreter und Wissenschaftler Lösungsvorschläge zur Verbesserung der noch zu einseitig von der Montanindustrie bestimmten Wirtschaftsstruktur und zur Überwindung der sich daraus ergebenden überdurchschnittlich hohen, länger andauernden Arbeitslosigkeit. Eindrucksvoll war vor allem die prinzipielle Übereinstimmung der Beteiligten sowohl in der Beurteilung der Situation und der Analyse der Gründe dafür, als auch in den wichtigsten Vorschlägen für die zu ergreifenden Maßnahmen. Gewiß, es gab Unterschiede in der Gewichtung des einen oder anderen Vorschlags, in der Abwägung des unvermeidlichen Zielkonflikts zwischen industriellen Investitionen und Umweltschutz-Notwendigkeiten, in der Betonung sozialer oder wirtschaftlicher Kompetenzen, aber die Landesregierung konnte feststellen, daß der von ihr vorgeschlagene Handlungstrahmen die Zustimmung der Beteiligten fand und die ergänzenden Anregungen in diesen hineinpaßten. Die beabsichtigte "Politik des Dialogs" wurde dankbar begrüßt und wahrgenommen - wohl nur mit einer Ausnahme: Die parlamentarische Opposition war zwar anwesend aber sie äußerte sich nicht.

Die das Land Nordrhein-Westfalen regierende sozial-liberale Koalition kann nun zügig herangehen, die gezielten und zeitlich in einem fünf-Jahres-Programm begrenzten Sonderhilfen für das Revier zusammen mit dem Bund in die Tat umzusetzen. Sechs Bereiche nannte dafür Ministerpräsident Rau:

1. Das neue arbeitsmarktpolitische Programm des Bundesarbeitsministers ergänzt durch aufgestockte Zusatzmaßnahmen des Landes insbesondere für Frauen, Jugendliche und in ihrer Leistungsfähigkeit behinderte Arbeitssuchende.
2. Ausbau des Landes-Förderungsprogramms für Einrichtung und Einführung neuer Technologien verbunden mit einer verstärkten Kohleforschung, einer Aufstockung der Stahl-forschungsmittel des Bundes und ergänzt durch die Schaffung eines Technologie- und Innovationszentrums Ruhr.



3. Die Nutzbarmachung brachliegender Zechengelände für Industrieansiedlung, für Wohnbebauung oder für Grün- und Freizeitanlagen. Hierbei soll ein Grundstücksfonds des Landes die Mobilisierung dieser Flächen bewirken helfen.
4. Zusammen mit dem Bund werden die Förderungsmittel für Investitionen in Umweltschutzprojekte erhöht. Die Bereitschaft des Bundes, die Abschreibungsmöglichkeiten für Umweltschutzinvestitionen nach § 7 EStG über 1980 hinaus zu verlängern und gezielt zu erweitern, wird konstatiert.
5. Um den Vorrang der Kohle im Energieprogramm zu unterstreichen und das Revier als energiewirtschaftliches Zentrum zu erhalten wird das Land ein Ersatzbauprogramm für Kohlekraftwerke durchführen und erwartet hierbei, daß der Bund dabei zumindest dort helfen wird, wo eine Kraft-Wärme-Koppelung bei den Neubauten erfolgt.
6. Neben der unbestrittenen Vorrangstellung, die Stahl und Kohle im Revier behalten werden und behalten müssen, soll die Auflockerung der Industriestruktur betrieben werden, nicht nur durch Anwendung neuer Technologien und Grundstücksmobilisierung, sondern auch mit eigenen Förderungsmaßnahmen, die erforderlich sind, so lange das Instrumentarium der regionalen Wirtschaftsförderung nicht endlich den Indikator Arbeitslosigkeit gewichtig berücksichtigt und solange es sich als unbeweglich wegen der Erhaltung von Besitzständen in einer unverstärkt gewordenen Förderkulisse erweist.

Das Land Nordrhein-Westfalen will eine enorme Kraftanstrengung unternehmen, um dieses Programm zu realisieren. Auf fünf Milliarden DM schätzte Johannes Rau die Kosten des Fünf-Jahres-Programms. Den überwiegenden Teil davon will das Land selbst aufbringen und in den Haushalt und die Finanzplanung einstellen. Wenn der Bundesfinanzminister in seinem Beitrag vor der Ruhrgebietskonferenz, in dem er dem sich auf seine eigene Kraft stützenden Land die Hilfe des Bundes zusagte, noch keine Zahlen nannte, dann deshalb, weil die zu den einzelnen Programmbereichen gegebenen Zusagen sich nun in konkreten Einzelverhandlungen erst quantifizieren lassen, um dann Einigung in den Etat- der verschiedenen beteiligten Bundesressorts zu finden. Die Skepsis zahlreicher Journalisten wies Finanzminister Dieter Posser zurück, der dabei war, als am Vorabend der Konferenz in Bonn mit dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister für alle Teilbereiche des Sonderprogramms Ruhr, für die es Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten des Bundes gibt, ausgemacht wurde, daß die Bundesregierung finanzielle Mitmacht und ihren Teil zu tragen gewillt ist, denn es geht um die Sicherung der Zukunft des Reviers und seiner Menschen. (-/10.5.1979/hi/ca)



Zum Beispiel Hamburg

Geheimschutz in Hamburg auf neuer Grundlage

Von Werner Staak

Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg

Art und Weise der öffentlichen Auseinandersetzung über Inhalt und Umfang der Dateien der Sicherheitsorgane, aber auch über die Amtshilfe zwischen den verschiedenen Sicherheitsorganen, haben wenig dazu beigetragen, das vorhandene Mißtrauen gegenüber den Sicherheitsorganen abzubauen. Die Behandlung dieser Themen in der Öffentlichkeit hat den Blick für die Hamburger Bemühungen verstellt, die Arbeit des Verfassungsschutzes mit einem Landesgesetz aus der Zone des Mißtrauens herauszuholen. Hamburg hat vor über einem Jahr ein Verfassungsschutzgesetz verwirklicht, das das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz unter anderem einer parlamentarischen Kontrolle unterzieht. Dieses Gesetz hat uns nicht nur die Vertrauensarbeit bei den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes erleichtert, es hat auch die Möglichkeit eröffnet, mit den Kritikern des Verfassungsschutzes in eine offene und ernste Diskussion zu treten. Vertrauensarbeit für die Arbeit des Verfassungsschutzes zu leisten, heißt zunächst:

1. Klare Formulierung des gesetzlich verankerten Auftrages und
2. Konzentration des Verfassungsschutzes auf die eigentlichen Aufgaben.
3. Kontrolle des Verfassungsschutzes durch einen Kontrollausschuß.
4. Klarstellung der politischen Verantwortung für den Verfassungsschutz.

Zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes gehört der vorbeugende Spionage- und Sabotageschutz in den Betrieben. Dafür sprechen mehrere Gründe. Die Aktivitäten gegnerischer Spionagedienste sind verstärkt gegen Industrie und Wirtschaftsunternehmen der Bundesrepublik gerichtet. Langfristig stehen die Konkurrenzfähigkeit einzelner Unternehmer und die Sicherheit unserer Arbeitsplätze in weiten Bereichen der Industrie auf dem Spiel.

Gegnerische Nachrichtendienste bemühen sich, in lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen und Betrieben ein Netz von Agenten aufzubauen, die unter anderem im



im Spannungs- und Krisenfall Sabotagehandlungen durchführen sollen.

Die Novelle des Verfassungsschutzgesetzes des Bundes vom 7. August 1972 hat dem Rechnung getragen und den Behörden für Verfassungsschutz die Mitwirkung beim vorbeugenden personellen Geheimschutz in lebens- und verteidigungswichtigen Betrieben übertragen. Welche Behörden lebens- und verteidigungswichtig sind, haben zum einen im Rahmen einer Gesamtkonzeption die zuständigen Bundesministerien und zum anderen in eigener Zuständigkeit die Länder festzulegen. Bis heute hat es das Bundesinnenministerium trotz mehrfacher Ankündigung versäumt, den Ländern sein Konzept für die lebens- und verteidigungswichtigen Betriebe vorzulegen. Dieses hat nicht zuletzt dazu geführt, daß der vorbeugende personelle Geheimschutz in den Ländern in unterschiedlichen Bereichen und mit ungleicher Intensität betrieben wird. Hamburg hat jetzt im Rahmen eigener Zuständigkeit auf der Grundlage des Hamburgischen Verfassungsschutzgesetzes von 1978 die lebens- und verteidigungswichtigen Betriebe ausgewählt und festgelegt. Dabei sind die Unternehmen wichtig, die die Aufrechterhaltung der Versorgungs- und Verkehrsfunktionen im Spannungs- und Krisenfall gewährleisten sollen.

Nur in diesen Betrieben - es sind weniger als zehn - wird das Hamburgische Landesamt für Verfassungsschutz den personellen Geheimschutz durchführen.

Bestandteil der Regelung in Hamburg ist:

1. Der personelle Geheimschutz bezieht sich nur auf sicherheitsempfindliche Bereiche in Unternehmen.
2. Die Abgrenzung der sicherheitsempfindlichen Bereiche legen Betriebsleitung und Betriebsrat gemeinsam fest.
3. Die Arbeitnehmer in den als sicherheitsempfindlich ausgewiesenen Bereichen werden künftig vor der Einstellung darüber informiert, daß mit dem Arbeitsplatz die personelle Überprüfung durch das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz verbunden ist.

Die Überprüfung wird nur mit Wissen und Einverständnis des zu überprüfenden Arbeitnehmers durchgeführt. Die Entscheidung liegt damit beim Arbeitnehmer. Darüber hinaus hat die Überprüfung nur Gültigkeit für den sicherheitsempfindlichen Bereich.

Diese Regelung entspricht dem Willen des Hamburgischen Gesetzgebers, der die Weitergabe von Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz an nichtstaatliche Stellen der Zustimmung des Innensenators oder seines Vertreters unterwirft. Durch diese praktizierte Zustimmung ist sichergestellt, daß das Landesamt für Verfassungsschutz nur in den Betrieben, die festgelegt sind, Überprüfungen im Rahmen des personellen Geheimschutzes vornehmen wird, wo der von uns politisch gewünschten Regelung Rechnung getragen wird. Damit ist außerdem sichergestellt, daß es "flächendeckende" Überprüfungen nicht gibt. Im übrigen kontrolliert ein Kontrollausschuß laut Gesetz diese Handhabung.

Ich hoffe, daß das Bundesministerium des Innern diese Praxis in sein Gesamtkonzept für die lebens- und verteidigungswichtigen Betriebe einbezieht. Ich sehe darin einen Mittelweg zwischen den Belangen unserer Sicherheit für die Unternehmen und den berechtigten Anliegen der Arbeitnehmer, nicht ohne Wissen und eigene Entscheidungsmöglichkeit vom Verfassungsschutz überprüft zu werden. Nur so kann Mißtrauen beseitigt und der Verfassungsschutz auf seine weiteren gesetzlichen Aufgaben konzentriert werden.

(-/10.5.1979/ks/ca)

